
Dr. Andreas Schockenhoff, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Russland

- ein potenzieller Wertepartner?

Vortrag in der Reihe "Polen, Deutschland, Europa"
organisiert vom Willy Brandt Zentrum für Deutschland-
und Europastudien der Universität Wrocław
in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

25. Oktober 2006

*Deutsche
Russlandpolitik
muss in die
EU-Politik
eingebettet
sein.*

Ich werde meinen Vortrag mit einer These beginnen: Die Europäische Union hat ihre Politik gegenüber Russland als eine an den universalen Werten orientierte strategische Partnerschaft konzipiert. Trotz der Rückschläge bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sollten wir dieses Ziel nicht aufgeben, sondern im Gegenteil mit Geduld und Beharrlichkeit versuchen, jeden Einfluss wahrzunehmen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Dafür können wir auf wichtigen gemeinsamen Grundlagen mit Russland aufbauen, so dass aus meiner Sicht schon heute Russland als ein potenzieller Wertepartner bezeichnet werden kann. Allerdings betone ich: Noch ist Russland kein Wertepartner, es kann aber einer werden.

I

Jede deutsche Russland-Politik muss auf zwei Grundlagen aufbauen:

Erste Grundlage muss eine glaubwürdige und berechenbare Europapolitik sein. Und das heißt: deutsche Russlandpolitik muss in die EU-Politik eingebettet sein, Sonderwege kann, darf und wird es nicht geben. Niemand in der Regierung Merkel und in den sie tragenden Koalitionsfraktionen hat ein Interesse an einem solchen Sonderweg.

Zweite unverzichtbare Grundlage sind berechenbare und vertrauensvolle Beziehungen zu Amerika.

Beides war bis zum Regierungswechsel vor einem Jahr nicht der Fall. Bundeskanzlerin Merkel hat entscheidend dazu beigetragen, dass es in den Beziehungen Deutschlands zu seinen europäischen Partnern und in den transatlantischen Beziehungen wieder ein Vertrauensverhältnis gibt.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war deutsche Außenpolitik vor allem dann erfolgreich, wenn sie sowohl auf einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, als auch auf einer vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Europäern und Amerikanern aufbauen konnte. Das sind die beiden tragenden Fundamente der deutschen Außenpolitik. Wann immer eine deutsche Regierung diese Grundlagen in Frage stellte oder gar verändern wollte, hat es Deutschland und Europa geschadet.

Das letzte Mal mussten unsere Partner – insbesondere auch die Polen – aber schließlich auch Deutschland zur Zeit des Irak-Krieges unter einer solchen falschen Politik leiden, als die deutsche Politik die Partner in EU und NATO gezwungen hat, sich zwischen Europa einerseits und den USA andererseits zu entscheiden. Das Ergebnis kennen wir. Es hat zur Spaltung von NATO und EU geführt und

hat uns um Jahre zurückgeworfen. Und es war eine vermeidbare schwere Belastung in der ohnehin schwierigen Phase des Zusammenwachsens Europas.

Eine weitere fundamentale Änderung in der deutschen Außenpolitik seit dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Merkel ist, dass es keine Achsenpolitik zwischen Berlin, Paris und Moskau mehr gibt. Und es gibt auch keine Politik mit Moskau mehr über die Köpfe der Polen oder der anderen mitteleuropäischen Staaten hinweg.

Heute werden die Beziehungen Deutschlands zu Russland werden wieder so gestaltet, dass wir die Polen und die baltischen Staaten im Geiste der Freundschaft und des Vertrauens einbinden. Um nur ein jüngstes Beispiel zu nennen: Bevor Ende September auf Einladung des französischen Staatspräsidenten Chirac das Treffen mit Präsident Putin in Paris erfolgte, hat die Bundeskanzlerin darüber mit dem polnischen Ministerpräsidenten telefoniert und es gab dazu – ebenfalls zuvor – enge Kontakte mit den Regierungschefs der baltischen Staaten.

Weil es diese fundamentalen Veränderungen in der deutschen Außenpolitik seit einem Jahr gegeben hat, wünsche ich mir, dass sich dies auch in den gegenseitigen politischen Beziehungen niederschlägt. Wenn beispielsweise auch die Regierung Merkel immer wieder wegen des Ost-

see-Gaspipeline-Projekts mit Russland kritisiert wird, dann werden eindeutige Fakten bewusst nicht zur Kenntnis genommen.

1 Berechtigt war die Kritik Polens und der baltischen Staaten, dass der ehemalige Bundeskanzler dieses Projekt ohne die erforderliche Sensibilität und eine Rückkoppelung gegenüber unseren Nachbarn durchgeführt hat. Das haben wir als CDU/CSU auch nachdrücklich kritisiert.

2 Andererseits ist das Ostsee-Pipeline-Projekt ein europäisches Projekt, das von allen EU-Energieministern – einschließlich des polnischen – am 28. Juni 2005 einstimmig als Teil der transeuropäischen Energienetze beschlossen wurde. Also die polnische Seite war voll involviert in den Entscheidungsprozess.

3 Das Ostsee-Pipeline-Projekt ist ein notwendiges europäisches Energieversorgungsprojekt, weil künftig auch die Niederlande und ab 2010 das heute noch Gas exportierende Großbritannien russisches Gas importieren müssen. Deswegen hat die Bundesregierung der polnischen Regierung vorgeschlagen, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe die Zusammenarbeit bei diesem Projekt wie bei weiteren energiepolitischen Zukunftsfragen zu prüfen.

4 Die Ostsee-Pipeline geht nicht zu Lasten Polens: Vielmehr wird

Es gibt auch keine Politik mit Moskau mehr über die Köpfe der Polen oder der anderen mitteleuropäischen Staaten hinweg.

– aufgrund des wachsenden europäischen Bedarfs – die Auslastung der über Polen führenden Jamal-Leitung durch technische Modernisierung verstärkt werden.

5 Die Europäische Union ist eine Sicherheitsgemeinschaft, auch in Energiefragen. Und das heißt: Wenn einem EU-Mitglied die Energieversorgung durch einen Nicht-EU-Staat eingeschränkt und oder gar gekappt wird, dann werden alle anderen EU-Partner diesem EU-Mitglied mit ihrer Energie aushelfen. Dafür gibt es den europäischen Energieverbund und die Verpflichtung zu einer ausreichenden Energie-Vorratshaltung.

Neben vertrauensvollen Beziehungen zu den europäischen Partnern sind gute Beziehungen zu den USA die zweite unverzichtbare Grundlage für unsere Russlandpolitik.

Der Regierungswechsel in Berlin hat auch dafür die notwendigen Veränderungen gebracht. Es gibt wieder ein tiefes Vertrauen der amerikanischen Regierung in die deutsche Politik. Dieses neue Vertrauensverhältnis hat die Grundlage dafür geschaffen, dass im Dialog mit den USA unterschiedliche Auffassungen oder gar Kritik im Geiste der Partnerschaft und der Freundschaft ausgetragen werden können – ich nenne hier die Kritik an der Situation im Gefangenenlager Guantánamo oder an den CIA-Aktivitäten in Europa. Dass die

Bundeskanzlerin diese für die USA sensiblen Fragen in aller Öffentlichkeit angesprochen hat, zeigt nicht nur, dass wieder ein gutes Verhältnis hergestellt wurde, es hat vor allem der deutschen Außenpolitik auch wieder Glaubwürdigkeit zurückgegeben.

Mit dem neuen Vertrauensverhältnis in den europäisch-amerikanischen Beziehungen ist die Voraussetzung geschaffen worden, gemeinsam die globalen Herausforderungen besser als bisher bewältigen zu können – wie beispielsweise die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Bemühungen, das Entstehen einer Nuklearmacht Iran zu verhindern, die Herstellung von Energieversorgungsicherheit oder der Klimaschutz.

Und in Washington schätzt man wieder die besondere Bedeutung Deutschlands für die Russlandpolitik der EU. Deshalb werden wir in der deutschen EU-Präsidentschaft die EU-Russland-Politik gegenüber Washington so transparent wie nur möglich machen. Das fördert nicht nur das Vertrauen, ich denke, es entspricht auch den Interessen Polens und der anderen mitteleuropäischen Staaten.

II.

Neben guten und vertrauensvollen Beziehungen zu unseren europäischen Partnern und den USA sehe

ich eine dritte wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Russland-Politik der Europäischen Union: Das sind gute deutsch-polnische Beziehungen.

Polen und Deutschland haben viele gemeinsame Interessen, gerade mit Blick auf die Ost-Politik der EU. Deswegen müssen wir alles tun, um Irritationen und Missverständnisse, die noch im deutsch-polnischen Verhältnis bestehen, auszuräumen. Denn nur wenn wir gemeinsam und überzeugend an einem Strang ziehen, werden wir unsere Interessen gegenüber den anderen EU-Partnern wahren können.

Polen und Deutsche, das sind 120 Millionen Menschen oder ein Viertel der EU-Bevölkerung. Das ist ein Machtfaktor, wenn wir uns einig sind und wenn wir eine kluge EU-Politik betreiben.

Gerade weil wir eine schwierige gemeinsame Geschichte haben, sollten wir nicht diejenigen Dinge zuschütten, die die deutsch-polnischen Beziehungen und die Entwicklung in Europa vorangebracht haben.

Lassen Sie mich deshalb zunächst in aller Kürze zu dem sensiblen Thema der gemeinsamen Vergangenheit das wiederholen, was der Bundespräsident Anfang September zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in Berlin gesagt hat. Er hatte betont, dass keine ernstzunehmende Kraft in

Deutschland die Geschichte umschreiben, Ursache und Wirkung verdrehen will. Weiterhin sagte er und ich zitiere ihn jetzt, dass es „keinen Zweifel daran gibt, dass das nationalsozialistische Unrechtsregime und der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg auslösende Ursache von Flucht und Vertreibung gewesen sind“.

Ich bin der Auffassung, dass das Bewusstsein dieser für uns Deutsche schmerzlichen und beschämenden Vergangenheit eine tiefere Verbundenheit schaffen kann, als ein bloßes Nebeneinander in einem gemeinsamen Markt mit offenen Grenzen. Und auf der Grundlage dieser Verbundenheit können und wollen wir die gemeinsame europäische Zukunft bauen.

Dabei sind wir Deutschen uns bewusst, dass die Wende in Europa, die Überwindung des Ost-West-Konflikts und damit die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas hier in Polen mit der Solidarnosc-Bewegung begonnen hat. Ohne das mutige Verhalten der Frauen und Männer der Solidarnosc hätte es die Wiedervereinigung meines Landes nicht gegeben.

Das größte Geschenk für Europa und die Welt nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts war Papst Johannes Paul II., der in besonderer Weise die gemeinsame Identität verkörpert hat.

Polen und Deutschland haben viele gemeinsame Interessen, gerade mit Blick auf die Ost-Politik der EU.

Die Europäische Union ist eine Sicherheitsgemeinschaft, auch in Energiefragen.

Wegen der herausragenden Bedeutung Polens für Europa hat der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl in der EU durchgesetzt, dass es keine Erweiterung der EU ohne Polen geben werde. Und es war ein CDU-Verteidigungsminister, Volker Rühle, der die USA davon überzeugte, dass es eine NATO-Erweiterung um Polen, Ungarn und Tschechien geben müsse. Die amerikanische Regierung wollte – aus Rücksicht auf Russland – nur ein besonderes Verhältnis im Rahmen einer „Partnerschaft für den Frieden“ schaffen.

Polen und Deutsche haben einen ganz besonderen Beitrag für das neue Europa geleistet. Diese mutigen historischen Leistungen sollten wir immer vor Augen haben, wenn wir vor der Frage stehen, wie wir Europa in der schwierigen Situation, in der es zurzeit steckt, voranbringen wollen.

Ich erwähnte bereits, dass Polen und Deutsche mit Blick auf die Ost-Politik der Europäischen Union viele gemeinsame Interessen und Ziele haben, ob es um die Heranführung der Ukraine an die EU geht, ob es um die Politik gegenüber Weißrussland oder ob es um den Ausbau der Zusammenarbeit der EU mit dem Schwarzmeerraum geht.

Nehmen wir das Beispiel Ukraine: Polen hat eine wesentliche Rolle bei der „Orangen Revolution“ gespielt. Leider haben die Ukrainer ihre Chan-

cen dann nicht in dem Maße genutzt, wie es möglich gewesen wäre. Aber auch der neue ukrainische Ministerpräsident, der den Dialog mit Russland wieder vertiefen will, weiß, dass er sein Land nur in enger Zusammenarbeit mit der EU voranbringen kann.

Eine möglichst enge Anbindung der Ukraine an die EU und – zum gegebenen Zeitpunkt – auch an die NATO liegt im politischen und strategischen Interesse Polens und Deutschlands, aber auch der gesamten Europäischen Union. Es geht momentan nicht um die Frage einer konkreten Perspektive für eine EU-Mitgliedschaft. Diese Frage jetzt zu diskutieren, wäre eher kontraproduktiv.

Aber die Ukraine hat grundsätzlich diese Perspektive. Denn Artikel I-1, Absatz 2 (vgl. ebenso Artikel I-58) des EU-Verfassungsvertrages lautet wörtlich: „Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, sie gemeinsam zu fördern.“ Und die Ukraine ist ein europäischer Staat.

Hierzu nur eine kleine Randbemerkung: Der EU-Verfassungsvertrag, der hier in Polen auf manche Kritik stößt, trägt den polnischen Interessen mit Blick auf die Ukraine besser Rechnung als der derzeit gültige Nizza-Vertrag: Dort heißt es in Artikel 49 sehr viel restriktiver, dass jeder europäische Staat nur beantragen

kann, EU-Mitglied zu werden, aber es steht in diesem Vertrag kein Wort darüber, dass die EU den europäischen Staaten, die die Kriterien erfüllen, offensteht.

Unabhängig von dieser Zukunftsfrage wünschte ich mir wegen der genannten politischen und strategischen Interessen, dass die EU mutiger auf die Ukraine zugeht und ihr klar signalisierte: Wir wollen noch besser helfen, die Annäherung und die Anbindung an die EU schneller und erfolgreicher zu machen!

Oder nehmen wir das Beispiel Schwarzmeer: Auch hier sehe ich ein besonderes gemeinsames Interesse unserer Länder.

Mit Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft am 1.1.2007 wird die Europäische Union durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens eine gemeinsame Außengrenze mit den Ländern der Schwarzmeerregion haben. Diese Region ist eine wichtige Transitregion, durch die nicht nur wesentliche Energierouten verlaufen, sondern in der auch Organisierte Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel eine große Rolle spielen und die gleichzeitig mit den Konfliktzonen Transnistrien, Abchasien und Südossetien erhebliches Krisenpotenzial enthält.

Während die Europäische Union zwar mit der „Nördlichen Dimension“ eine

geschlossene EU-Politik gegenüber dem Norden und mit dem Barcelona-Prozess gegenüber dem Süden hat und während sie mit Russland eine strategische Partnerschaft eingegangen ist, hat sie keine Schwarzmeer-Politik.

Eine solche Politik ist dringend erforderlich.

Denn die EU hat ein Interesse, ihre Position in der Region zu stärken und einen aktiven Beitrag zur Stabilisierung der Region und zur Stärkung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Prosperität zu leisten. Auch mit Blick auf die Energiezusammenarbeit und weitere Energieversorgungsrouten muss es uns um eine Stabilisierung dieser Region gehen. Und schließlich können durch eine EU-Schwarzmeerpolitik Staaten, die keine bzw. absehbar keine EU-Perspektive haben, stärker in die EU-Politik einbezogen werden, ohne dass damit die Frage einer EU-Mitgliedschaft verbunden ist.

Eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion erfordert auch einen aktiveren Beitrag der EU zur Schlichtung der so genannten „frozen conflicts“. Dafür ist eine enge Abstimmung mit den USA unverzichtbar. Und in den Gesprächen mit Russland müssen die „frozen conflicts“ stärker thematisiert werden. Zu einer strategischen Partnerschaft gehört auch die Zusammenarbeit

Eine Schwarzmeer-Politik ist dringend erforderlich.

Eine möglichst enge Anbindung der Ukraine an die EU und – zum gegebenen Zeitpunkt – auch an die NATO liegt im politischen und strategischen Interesse Polens und Deutschlands, aber auch der gesamten Europäischen Union.

bei den Regionalkonflikten in der gemeinsamen Nachbarschaft. Das müssen wir Russland immer wieder deutlich machen, zumal Stabilität in der Schwarzmeerregion auch im russischen Interesse liegt.

Das alles macht deutlich, wie dringend erforderlich eine EU-Schwarzmeerpolitik ist. Deshalb setze ich mich nachdrücklich dafür ein, dass dies ein vorrangiges Thema im Rahmen der Nachbarschaftspolitik wird.

Wenn ich also für eine offensivere Ost-Politik der EU plädiere, dann müssen wir – Deutsche und Polen – immer wissen:

So wichtig für uns die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn sind, so wichtig sind für andere EU-Partner die Beziehungen zu anderen Nachbarn – beispielsweise für die EU-Mittelmeerländer die Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten. Deshalb sind wir klug beraten, wenn wir durch unser eigenes Handeln diesen Partnern zu erkennen geben, dass wir auch für deren Anliegen eintreten. Umso eher können wir dann von ihnen ein Eingehen auf unsere Wünsche erwarten.

Das ist im Übrigen auch eine erfolgreiche Erfahrung aus dem Prozess der EU-Osterweiterung, als Bundeskanzler Kohl dafür die Unterstützung des französischen Staatspräsidenten Mitterand und des spanischen Minister-

präsidenten Gonzalez gewann, weil er ihnen durch sein praktisches Handeln Verständnis und Unterstützung für ihre besonderen Interessen im Mittelmeerraum bewiesen hatte.

Natürlich ist Polen erst seit kurzem EU-Mitglied. Aber als großes und wichtiges EU-Mitglied wünsche ich mir von Polen in dem eben genannten Sinne mehr gesamteuropäische Ambitionen.

III.

Eine herausragende Frage der EU-Ost-Politik sind die Beziehungen zu Russland. In der deutschen EU-Präsidentschaft wird dies ein wichtiges Thema sein.

Denn das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland, das Ende 2007 ausläuft, soll durch eine neue Vereinbarung ersetzt werden. In dieses Nachfolgedokument soll auch das Konzept der vier „Gemeinsamen Räume“ inhaltlich einbezogen werden. Mit diesem Konzept wurde der Dialog zwischen der EU und Russland strukturiert nach den Bereichen der Zusammenarbeit – Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit sowie Forschung, Bildung und Kultur. Die darin angesprochenen Zielvorstellungen müssen künftig gleichgewichtig verwirklicht werden. Bisher ist die Zusammenarbeit zu ein-

Als großes und wichtiges EU-Mitglied wünsche ich mir von Polen mehr gesamteuropäische Ambitionen.

seitig auf den Bereich der Wirtschaft und der Energie konzentriert.

In dem „Gemeinsamen Raum“ der Freiheit, Sicherheit und Justiz verpflichten sich beide Seiten, „ihre strategische Partnerschaft auf Grundlage gemeinsamer Werte, zu deren Respektierung sie sich verpflichtet haben, weiter zu stärken“. Weiterhin spricht dieses Dokument vom „Festhalten an gemeinsamen Werten, insbesondere der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie ihrer transparenten und effektiven Anwendung durch eine unabhängige Justiz“. Allein diese Verpflichtung zeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland mehr als eine nur auf gemeinsame Interessensgebiete begrenzte Kooperation ist. Sie ist als eine strategische, auf gemeinsamen Werten basierende Partnerschaft konzipiert.

Welches Russland ist unser Partner? Russland tritt in der internationalen Politik mit einem neuen Selbstbewusstsein auf. Dieses rührt von verschiedenen Faktoren her. Es ist die Überzeugung, dass sich die Lage im Lande gefestigt habe. Die Volkswirtschaft ist insbesondere aufgrund des Öl- und Gasreichtums auf Wachstumskurs. Öl und Gas werden als machtpolitische Hebel gegenüber Nachbarn genutzt. In Zentralasien baut Russland seinen Einfluss aus. Mit China und Indien gibt es nicht nur eine wachsende politische

Zusammenarbeit, auch die militärische Zusammenarbeit in Form von Rüstungslieferungen und gemeinsamen Manövern wird erweitert. Hinzu kommt, dass Russland als Energielieferant gegenüber den Energiekonsumenten China und Indien seine Position stärken kann. Die internationalen Kräfteverhältnisse verändern sich durch das schnell wachsende Gewicht von China und Indien. Dabei will Russland eine gestaltende Rolle spielen.

Wer jedoch gestaltenden Einfluss in der Weltpolitik haben will, muss als Land attraktiv sein. Russland ist es bisher nicht gelungen, sein Potenzial auszuschöpfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft hat sich in vielen Bereichen nicht verbessert. Die fundamentale, aber einseitige Entwicklung im Energiebereich brems die Entwicklung in anderen Bereichen. Der ökonomische und technologische Vorsprung der Nachbarn, im Westen die EU, im Osten Japan und Südkorea, wächst. Ein nachhaltiges Wachstum wird behindert, wenn – wie in Russland – die Bevölkerung dramatisch zurückgeht, Bürokratie und Korruption auf allen Ebenen wachsen und zugleich die Rechtsstaatlichkeit unzureichend ist.

Bei einem Blick aus EU-Sicht auf das Verhalten Russlands gegenüber den gemeinsamen Nachbarn, lässt sich feststellen, dass vieles nicht von weltpolitischer Weitsicht zeugt. Ob es

Eine herausragende Frage der EU-Ost-Politik sind die Beziehungen zu Russland. In der deutschen EU-Präsidentschaft wird dies ein wichtiges Thema sein.

die Unterstützung für Weißrussland ist, ob es der Energiehebel gegen die Ukraine, Moldau oder Georgien ist, ob es Einfuhrverbote für moldauische Weine und Spirituosen sind, ob es die Überreaktion Moskaus auf die Verhaftung von vier russischen Offizieren in Georgien ist oder ob es die Unterstützung von Separatisten in Abchasien und Südossetien ist. Auf jeden Fall ist dies keine attraktive Politik, um andere Länder zu gewinnen und gestaltenden Einfluss nehmen zu können.

All das aber ist kein Grund, die auf Werten basierende strategische Partnerschaft als Ziel aufzugeben, wie dies neuerdings von Amerikanern empfohlen wird, weil es aus ihrer Sicht keine Gemeinsamkeiten in Wertefragen gäbe. Russland ist auf Grund seiner Lage und Größe, seines politischen und militärischen Gewichts, seines Energiereichtums und seines wirtschaftlichen Potenzials für die EU von strategischer Bedeutung. Ohne Russland wird es kaum möglich sein, auf friedlichem Weg zu verhindern, dass der Iran zu einer neuen gefährlichen Nuklearmacht wird. Eine Regelung des Nahost-Konflikts wird nur unter aktiver Beteiligung Russlands zu erreichen sein. Auch der künftige Status des Kosovo wird nicht ohne oder gar gegen Russland zu regeln sein. Russland ist für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus unverzichtbar. Und auch die globalen Probleme können nicht ohne

die tatkräftige Mitwirkung Russlands bewältigt werden.

Hinzu kommt: Emporstrebende Staaten wie China und Indien werden im Verhältnis zu Europa und Amerika schnell an weltpolitischer Bedeutung und weltwirtschaftlichem Einfluss zunehmen. Deswegen muss es das Interesse des Westens sein, Partner an seiner Seite zu haben, mit denen wir eine gemeinsame Werteorientierung teilen.

Trotz der Rückschläge bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist dies bei Russland potenziell erreichbar. Wir streben eine Partnerschaft an, die sich an den universellen Werten orientiert, die in der Charta des Europarates festgeschrieben sind: Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Und diese Werte werden verwirklicht in einer Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Männern und Frauen auszeichnet.

Russland hat sich diesen Werten des Europarates verpflichtet. Wir können sie einfordern, was auch geschieht und was Wirkung zeigt, wenn auch nicht so schnell, wie wir es uns wünschen. Dass Russland und die EU-Staaten in einem gemeinsamen

Europa leben, ist mehr als Geografie. Es ist ein gemeinsamer Wert. Beide haben eine gemeinsame Tradition in Geschichte, Kultur und Geistesgeschichte. Im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland können wir von einer gemeinsamen Identität sprechen. Dies ist im Verhältnis zur Türkei nicht der Fall, mit der EU-Beitrittsverhandlungen geführt werden.

Deshalb bezeichne ich Russland als einen potenziellen Wertepartner. Es ist noch kein Wertepartner, aber es kann einer werden. Denn auf den genannten gemeinsamen Grundlagen aufbauend kann – und ich bin überzeugt – wird es wieder zu mehr Gemeinsamkeiten auch in Wertefragen kommen.

Worauf baue ich bei dieser zureichenden Einschätzung? Russland steht jetzt vor der Grundsatzentscheidung, ob es vor allem nur ein Rohstoffexporteur mit Veto-Recht im Sicherheitsrat sein, oder ob es eine moderne Wirtschaftsmacht werden will. Ich gehe davon aus, dass es letzteres werden will, zumal seine politische Führung weiß, dass Russland seine Position in der Welt nicht behalten kann, wenn es einzig auf seine Bodenschätze setzt.

Unverzichtbar ist für die Modernisierung – und damit einhergehend die Demokratisierung - des Landes eine breite Mittelschicht. Und die

Entwicklung eines breiten Spektrums Kleiner und Mittlerer Unternehmen als Motor und Leistungsträger eines stabilen Wirtschaftswachstums. Ohne eine starke und unabhängige Zivilgesellschaft wird es keine Modernisierung geben. Verordnete oder angepasste Vereine, die nicht mehr den Mut oder die Möglichkeit haben, Widerspruch zu erheben und auf Veränderungen zu drängen, könnten die russische Gesellschaft nicht stärken.

Wir werden unseren russischen Gesprächspartnern auch weiterhin deutlich machen, dass ein Staat, der sich modernisieren will, unabhängige Medien braucht, um letztlich das gesamte Entwicklungspotential dieses großen Landes zu nutzen. Dafür muss das Spektrum der unabhängigen Medien und Journalisten, die sich abseits der offiziellen Medien äußern wollen, größer statt kleiner werden – das gilt nicht nur für Zeitungen und Zeitschriften, sondern insbesondere auch für Fernsehen und Radio in Russland. Und das muss auch eine Lehre aus dem Mord an der Journalistin Anna Politkowskaya sein: Je weniger unabhängige Journalisten es im Lande gibt, umso einfacher wird es für verbrecherische Organisationen, diese einzuschüchtern oder gar zu ermorden.

Wenn Russland weltpolitische Bedeutung haben will, muss es das Potenzial der Fähigkeiten seiner Bürger nutzen

Ich bezeichne Russland als einen potenziellen Wertepartner. Es ist noch kein Wertepartner, aber es kann einer werden.

Russland braucht den Westen. Das ist die Chance, Einfluss auf Russland zu nehmen.

und den Wandel zu einem modernen wettbewerbsfähigen Staat vollziehen.

Deshalb hat es schon Bedeutung, wenn die Kreml-Partei „Einheitliches Russland“ in ihrem Programm überraschend kritisch schreibt, das Wirtschaftswachstum erfolge nur auf Kosten der Rohstoffbranche, wodurch Russland in technologischen Rückstand gerate. Weiter heißt es dort, die Regierung habe bei der administrativen Reform versagt, der Kampf gegen die Korruption werde nicht im ausreichenden Maße geführt. Und die demographische Krise sei eine Bedrohung für die Existenz Russlands. Als Konsequenz wird die Schaffung einer innovativen Wirtschaft, der Kampf gegen Korruption und die Stabilisierung der demographischen Situation gefordert.

Es wird sich zeigen, ob dies nur Worte auf geduldigem Papier sind, oder ob aus der richtigen Analyse der Situation auch die richtigen praktischen Konsequenzen gezogen werden. Das aber heißt: Eine solche Veränderung des Landes wird nur mit mehr Demokratie und mehr Rechtsstaatlichkeit zu erreichen sein.

Welche Möglichkeiten bestehen dafür? Zum einen der Generationenwechsel. In der jungen russischen Generation sehe ich einen Motor für die Modernisierung – insbesondere die vielen jungen Russen, die durch ihre Kontakte zum Ausland immer

mehr hinterfragen, warum nicht auch ihr Land ein moderner Staat sein kann.

Zum anderen die enge Verbindung zwischen westlichen und russischen Unternehmen. Und schließlich die vielen Kontakte und Verbindungen auf allen Ebenen der Gesellschaften zwischen Russland und dem Westen, die wir noch deutlich ausbauen können und sollten.

Wer anders als der Westen kann Russland bei einer solchen Veränderung helfen? Russland braucht den Westen. Das ist die Chance, Einfluss auf Russland zu nehmen.

Der Westen sollte deshalb jede Gelegenheit nutzen, Russland einzubinden. WTO-Mitgliedschaft, G8-Mitgliedschaft, Mitgliedschaft im Europarat, eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Rahmen der vier „Gemeinsamen Räume“ – das alles macht nicht nur die strategische Partnerschaft im Sinne von gemeinsamen Interessen aus. Es sind auch die Hebel, um die Entwicklung in Russland zu beeinflussen. Denn der Westen muss den Anspruch zu erheben, dass Russland im Einklang mit den Werten dieser Institutionen lebt.

Dass ein solcher Einfluss möglich ist, hat sich nicht nur am Beispiel des Europarates wiederholt gezeigt:

Hätte man Russlands Aufnahmege-such an den Europarat nicht zuge-stimmt, hätte es kein Moratorium bei der Todesstrafe gegeben. Zweitens hätte man den Russen die Möglich-keit entzogen, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Schutz bzw. Recht zu suchen und zu bekommen. Ohne Mitgliedschaft hätten sich die russischen Behörden keiner regelmäßigen und oftmals kritischen Überwachung unterziehen müssen, die aus den verschiedenen Monitoring-Mechanismen des Euro-parates resultieren.

Eine für die Entwicklung in Russland bedeutsame Einwirkung des Euro-parates war beispielsweise dessen Drohung, Russland auszuschließen, als die russische Führung den Ver-such unternahm, nach den Gouver-neurswahlen auch die freie Wahl von Bürgermeistern abzuschaf-fen und diese stattdessen ernennen zu lassen. Ein solcher Schritt wäre ein fundamentaler Verstoß gegen die Charta des Europarates gewesen, nach der es freie Bürgermeister-wahlen geben muss. Und so ist es in Russland bei freien Bürgermeister-wahlen geblieben.

Weiterhin hat die erste Fassung des Gesetzes über die Arbeit von Nicht-regierungsorganisationen durch die Einwirkung des Europarates Kor-rekturen erfahren. Aber noch immer kann durch dieses Gesetz die Arbeit und Existenz vieler russischer Nicht-

regierungsorganisationen erheblich erschwert werden, weil es die Kon-trollbefugnisse des Staates erweitert.

Es kommt nun entscheidend auf die Anwendung an. Die jüngsten Meldungen, dass viele ausländische NGOs bis zum Ablauf der Registrie-rungspflicht am 18. Oktober noch nicht registriert wurden und deshalb ihre Arbeit – zumindest vorüber-gehend – einstellen müssen, ist ein politisches Alarmsignal:

Der mit dem Gesetz einher gehende hohe bürokratische Aufwand über-fordert die Behörden, insbesondere aber kleine NGOs. Damit schadet Russland vor allem sich selbst – ins-besondere den Schwächsten seiner Gesellschaft. Denn viele dieser klei-nen NGOs organisieren mit ausländi-schen Spenden die humanitäre Hilfe für russische Bürger in Not.

Es ist auch ein politisches Alarmsig-nal, weil kritische NGOs wie Human Rights Watch, Amnesty Internatio-nal, Teile von „Ärzte ohne Grenzen“ oder amerikanische politische Stif-tungen am 18. Oktober 2006 noch nicht registriert waren. Deshalb wird noch sehr genau zu prüfen sein, inwieweit dieses Gesetz genutzt wird, unter dem Vorwand bürokratischer Erfordernisse kritische NGOs auszu-sieben, was ein weiterer Rückschlag für eine demokratische Entwicklung in Russland wäre.

Für ein Urteil darüber müssen wir allerdings den Abschluss des Registrierungsverfahrens abwarten. Moskau hat kürzlich den Europarat gebeten, die Praxis des NGO-Gesetzes im nächsten Jahr, also ein Jahr nach seinem Inkrafttreten, zu überprüfen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Moskau ein schlechtes Zeugnis vom Europarat ausstellen lassen möchte, was zum heutigen Zeitpunkt sicherlich der Fall wäre.

Es gibt also Einwirkungsmöglichkeiten. Und wir können und müssen sie noch viel stärker nutzen. Künftig sollten deshalb von der EU nicht nur die Handelsbeziehungen mit Russland, die Energiezusammenarbeit und außen- und sicherheitspolitische Fragen angesprochen werden, sondern stärker auch die Fragen der inneren Entwicklung Russlands, der Demokratie, der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Und wir sollten jede Gelegenheit nutzen, dafür konkrete Beiträge zu leisten. Wir lassen uns dabei von der Überzeugung leiten, dass die Einflussmöglichkeiten umso größer sind, je breiter und tiefer die persönlichen Kontakte und Bindungen zwischen den Menschen quer durch alle Schichten sind.

Deshalb müssen wir noch mehr tun, um einen möglichst breiten und offenen Jugendaustausch zu haben. In Deutschland wurde dafür die Stiftung

deutsch-russischer Jugendaustausch ins Leben gerufen. Jeder junge Russe, der eine Zeit in Deutschland verbringt, und jeder junge Deutsche, der eine Zeit in Russland verbringt, ist ein Hoffnungsträger für die zukünftige Wertepartnerschaft. Dies gilt natürlich gleichermaßen auch für den Jugendaustausch zwischen Polen und Russland, zwischen den EU-Ländern insgesamt und Russland.

Weiterhin wollen wir die Zusammenarbeit in Bildung und Forschung vertiefen, es darf hierbei keine Schengengmauern geben. Deshalb begrüße ich sehr die beim EU-Russland-Gipfel in Sotschi getroffenen Vereinbarungen zu Visa-Erleichterungen.

Als ein weiteres Beispiel für die Vertiefung der zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit hat Deutschland russischen Stadtverwaltungen seine Erfahrungen angeboten, um die Fähigkeiten der Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen zu stärken, damit diese zum Wohle der Allgemeinheit effizienter arbeiten können. Das wäre im Übrigen auch ein Beitrag zur Korruptionsbekämpfung.

Eine wichtige Unterstützung wäre auch, mit unserem Know How mitzuhelfen, wenn Kleine und Mittlere Unternehmen ihre eigenen Interessenverbände aufbauen.

Bei all unseren Bemühungen, einen

Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu leisten, müssen wir allerdings realistisch bleiben: Russland hat keine demokratische Tradition. Es sucht erst seit „Glasnost“ und „Perestroika“ seinen Weg in die Demokratie. 20 Jahre sind dafür eine sehr kurze Zeit. Russlands Weg zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit braucht deshalb langen Atem – in Russland wie bei uns.

Es geht darum, für eine gemeinsame Zukunft in einem gemeinsamen europäischen Raum so zu arbeiten, dass in schwieriger werdenden Zeiten von einer gemeinsamen Wertebasis aus erfolgreich gemeinsame Interessen gesichert werden können. Konkret bedeutet dies die Verwirklichung einer auf gemeinsamen Werten aufbauenden strategischen Partnerschaft mit Russland. Denn Europäer und Russen werden im 21. Jahrhundert noch enger aufeinander angewiesen sein, als es früher der Fall war. Die Reduktion unserer Beziehungen auf reine Interessengebiete wäre deshalb der falsche Weg.

IV.

Die deutsche Russland-Politik ist nicht mehr nur eine interessenorientierte, sondern wieder auch eine wertorientierte Politik geworden. Aber: Beides muss verfolgt werden! Die Förderung von Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit

in Russland ist für uns das Ziel, nicht die Voraussetzung einer substanziellen EU-Russland-Politik.

Die Frage ist also: Sollen wir uns zurücklehnen und abwarten, wie sich Russland entwickelt, oder sollen wir uns in Russland engagieren – wohl wissend, wie schwierig das ist?

Polen hat sich mit Blick auf die Ukraine für das Engagement entschieden. Ist das mit Blick auf Russland nicht auch möglich? Haben die Menschen dort nicht auch die Chancen verdient, die die Ukrainer – nicht zuletzt durch polnisches Engagement – erhalten haben? Wusste Polen, als es sich für ein besonderes Engagement entschied, ob es Erfolg haben werde? Nein, und dennoch haben Sie es getan und das war richtig!

Russland ist größer und die Situation dort schwieriger, aber Russland ist für uns wichtig, deshalb sollten wir uns umso stärker engagieren. Heute ist Russland trotz der Rückschläge bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein potenzieller Wertepartner. Unser Ziel muss es sein, dass es eines Tages ein Wertepartner wird.

Die deutsche Russland-Politik ist nicht mehr nur eine interessenorientierte, sondern wieder auch eine wertorientierte Politik geworden.

Polen hat sich mit Blick auf die Ukraine für das Engagement entschieden. Ist das mit Blick auf Russland nicht auch möglich?

Dr. Andreas Schockenhoff

geboren 1957 in Ludwigsburg, katholisch, verheiratet, fünf Kinder.

Studium der Romanistik, Germanistik und Geschichte in Tübingen und Grenoble.

1985 Promotion im Fach Romanistik.

Von 1985 bis 1990 Lehrer am Freien Katholischen Gymnasium im Bildungszentrum St. Konrad, Ravensburg.

Seit 1982 Mitglied der CDU.

Seit 1990 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee.

Seit 1995 Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe.

Seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und im Rahmen dieser Funktion für die Themenfelder Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik verantwortlich.

Im Jahr 2006 wurde Dr. Schockenhoff zum Koordinator im Auswärtigen Amt für die deutsch-russische zwi- schengesellschaftliche Zusammenar- beit ernannt.